

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmung vom 24. November 2013
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern; 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	1. November 2013

Parolen zur Gemeindeabstimmung vom 24. November 2013

Die Grünliberalen Stadt Bern haben zum Sanierungskredit für das Stadttheater eine Stimmfreigabe beschlossen, dem Produktegruppenbudget 2014 stimmen sie zu. Die Sanierung des Stadttheaters erachten die Grünliberalen als unausweichlich, die zur Abstimmung stehende Kreditvorlage jedoch als unausgereift und als „Katze im Sack“. Beim Produktegruppenbudget kritisieren die Grünliberalen das Defizit von 1,7 Millionen Franken, das vermeidbar gewesen wäre. Angesichts des in den vergangenen Jahren aufgebauten Eigenkapitals ist die glp aber bereit, das Defizit als einmaligen Ausrutscher hinzunehmen.

Die Sanierungsvorlage für das Stadttheater ist für die Grünliberalen in hohem Masse unbefriedigend. Schon heute zeichnet sich ab, dass der als Kostendach ausgelegte Kredit für eine nachhaltige Sanierung nicht ausreichen wird. Indem er trotzdem der Volksabstimmung unterbreitet wird, nehmen die Behörden in Kauf, dass das Projekt nachträglich durch substanzielle Abstriche an den bewilligten Kostenrahmen angepasst werden muss. Dies hat zur Folge, dass die Stimmberechtigten sich zu einem Kredit äussern müssen, ohne zu wissen, welche Leistungen sie damit effektiv kaufen. Die Mitgliederversammlung der Grünliberalen erachtete dies als einen demokratiepolitisch bedenklichen Vorgang, dem die Mehrheit nicht zustimmen mochte. Eine Ablehnung, welche die dringend notwendige Sanierung des Stadttheaters grundsätzlich in Frage stellen würde, stand für die meisten Anwesenden aber ausser Frage. So setzte sich ein Antrag auf Stimmfreigabe durch.

Auch beim Produktegruppenbudget 2014 haben die Grünliberalen Bedenken, weist es doch ein Defizit von 1,7 Millionen Franken aus. Dieser Fehlbetrag wird hauptsächlich mit der Übernahme eines Teils des vom Kanton gestrichenen Beitrags für die Gemeinwesenarbeit begründet. Die glp-Fraktion unterstützte diese Kostenübernahme. Nach Ansicht der Grünliberalen hätte diese aber durch entsprechende Einsparungen kompensiert werden können, sodass ein ausgeglichenes Budget resultiert hätte. Ihre dahingehenden Vorschläge wurden jedoch von der Stadtratsmehrheit abgelehnt. Angesichts der an sich als solide beurteilten Budgetarbeit des Gemeinderates und aufgrund des in den vergangenen Jahren aufgebauten Eigenkapitals erachten die Grünliberalen das Defizit im Sinne eines einmaligen Ausrutschers als knapp hinnehmbar und beschlossen die Ja-Parole.